

Resolution D:

Schluss mit Goldregen für die Finanzwirtschaft und Lohn- sowie Sozialabbau für die Arbeitnehmenden

Billiarden von Franken hat die Rettung der Banken weltweit gekostet. Die Spieler und Abzocker aus den Chefetagen der Finanzwirtschaft haben ganze Volkswirtschaften in den Ruin getrieben. In der Schweiz hat der Bund plötzlich über Nacht 68 Milliarden für eine private Bank garantiert. Und heute verlangen die gleichen Kreise von den Staaten rigorose Sparprogramme um die Löcher wieder zu schliessen, die sie selber gerissen haben. Die Arbeitnehmenden und die ganze Bevölkerung sollen nun die Zeche bezahlen: mit Lohnverzicht, Massenentlassungen, Prekarisierung der Arbeitsbedingungen und Sozialabbau in der Schweiz und weltweit. Selber haben sich die Profiteure schadlos gehalten. Mehr noch: Gehälter und Boni in den Chefetagen steigen schon wieder in astronomische Höhen - als wäre nichts geschehen.

Wir wehren uns dagegen, dass die Abzocker für ihre Fehler belohnt und die Bevölkerung die Rechnung bezahlen soll. Wir verlangen:

- mehr statt weniger soziale Absicherung: Den Rentenklau bei der 2. Säule konnten wir verhindern, ebenso den Angriff auf die AHV und die Suva. Wir lehnen auch zukünftig alle Abbaumassnahmen bei der sozialen Sicherheit ab und verlangen einen Ausbau bei der AHV und anderen Sozialversicherungen.
- verbindliche Mindestlöhne und anständige Lohnerhöhungen: Mit der Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn wollen wir eine verbindliche Lohnuntergrenze in Gesamtarbeitsverträgen und Gesetz. Die Menschen, die hart arbeiten, müssen von ihrer Arbeit leben können, 4000 Franken bei zwölf Monatslöhnen sind das Mindeste. Für alle Arbeitnehmende fordern wir anständige generelle Lohnerhöhungen. Für die Frauen verlangen wir endlich gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.
- wirksame Massnahmen gegen Lohndumping: Das grenzüberschreitende Renditediktat setzt die aktuellen Arbeitsbedingungen und Löhne unter Druck. Umso wichtiger ist eine konsequente Umsetzung und Ausweitung der Schutzmassnahmen gegen Lohndumping. Gegen den Druck der EU verteidigen wir das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und verlangen eine Verstärkung der Kontrollen und Sanktionen (gegenüber Scheinselbständigen, Subunternehmen, etc.).
- Stopp den Massenentlassungen in Betrieben. Unternehmen, die ihren Aktionären weithin Dividenden und ihrem Management Rekordlöhne bezahlen, entlassen ungehemmt zu Hunderten ihre Mitarbeitenden. Gemeinsam mit den Beschäftigten wollen wir den Widerstand verstärken.

Die zerstörerische Kraft des Finanzkapitalismus können nur starke Gewerkschaften entgegentreten, welche vereint mit anderen sozialen Kräften einen wirksamen Widerstand organisieren. Darauf wollen wir weiter hinarbeiten.